

## „New Deal“ für Europa?

Die Euro-Krise schwillt weiter an, doch die Europa-Retter finden immer neue Auswege.

„New Deal“ nannte US-Präsident Franklin D. Roosevelt seine Politik zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise in den USA. In ihrer Not hoffen die europäischen Rettungspolitiker, mit den Instrumenten von damals auch die Krise in Europa überwinden zu können. Kann dies gelingen? Wie erfolgreich war der New Deal damals wirklich? Rekapitulieren wir zuerst die wesentlichen Stationen der bisherigen Euro-Krise:

Als nach dem Banken- und Finanzcrash in den USA (2007) die gesamte Weltwirtschaft in den Strudel der Ereignisse gezogen wurde, waren alle Regierungen zunächst gezwungen, ihre Banken zu retten. Danach versuchten sie den drohenden Einbruch ihrer Volkswirtschaft durch Konjunkturförderprogramme zu verhindern. Das kostete viel Geld, das die Staaten durch Kreditaufnahmen aufbrachten. Dadurch bekamen insbesondere jene Volkswirtschaften Probleme, die ihren bisherigen Wohlstand bereits mit Krediten finanziert hatten. Im Prinzip hatten sie schon da über ihre Verhältnisse gelebt. Daß sie das tun konnten, ermöglichten ihnen: (1) die EU-Nettozahlungen, (2) die niedrigen Zinsen (das Abwertungsrisiko der zuvor notorischen Inflationsländer war weggefallen) und (3) der Euro selbst. Weil sein Außenwert nicht mehr absackte, wie zuvor der Wert ihrer eigenen Währung (Lire, Drachme oder Franc), konnten sie so preisgünstig wie nie zuvor importieren. Und was sie nicht aus dem Erlös eigener Exporte bezahlen konnten, bezahlten sie mit Krediten, die ihnen die internationale Finanzindustrie (darunter die deutschen Banken) gewährten.

Im Vertrauen auf permanente Wachstumssteigerungen, die sie in den ersten Euro-Jahren wegen der oben genannten drei Gründe tatsächlich erreicht hatten, häuften nicht nur die Staaten selbst, sondern auch die Privatwirtschaft (Haushalte und Unternehmen) Schulden an, die sie künftig mit leichter Hand zurück zu zahlen gedachten. Das Modell funktionierte allerdings nur solange, als das Wachstum anhielt. Doch das war mit dem Ausbruch der Finanzkrise auf einen Schlag vorbei. Ein souveräner Staat mit eigener Währung hat in solchen Fällen die Möglichkeit, die Geldmenge zu vermehren und die Staatsausgaben damit zu erhöhen. Dieser Weg war den Euro-Staaten nach den Maastricht-Statuten verwehrt. Ihnen drohte jetzt die Zahlungsunfähigkeit. Es gab nur die Möglichkeit, entweder aus dem Euro auszutreten oder die Euro-Verträge zu brechen, indem die anderen Euro-Länder ihnen die notwendigen „Überbrückungskredite“ gewährten, mit denen sie ihre Schulden bezahlen konnten. Die Euro-Länder entschieden sich für diesen zweiten Weg. Und damit traten sie eine „Lawine“ los, die bis heute nicht gestoppt werden konnte.

Eine realistische Chance für die Rückzahlung der Kredite hätte nur dann bestanden, wenn die überschuldeten und maroden Volkswirtschaften ihre Produktivität und damit das Wachstum des Sozialproduktes (Volkseinkommen) hätten steigern können. Doch diese Chance gab es nie wirklich! Die sogenannte Troika (EBZ, EU-Kommission und IWF) hatte die Kreditgewährung nämlich mit den Auflagen verbunden, die Staatsausgaben zu senken, die Steuern zu erhöhen und die Wirtschaft zu reformieren, also produktiver zu machen. Für eine Volkswirtschaft als Ganzes hat dies aber eine Verringerung der Gesamtnachfrage (Staats-, Investitions- und Konsumgüternachfrage) und damit des Sozialproduktes (Volkseinkommens) zur Folge. Und diese ist ein Mehrfaches größer als die Einsparung aus der ursprünglichen Staatsausgabensenkung (bzw. die Mehreinnahmen durch die Steuererhöhungen). Dieser Vorgang heißt Multiplikator-Prozeß und ist seit über 80 Jahren gesichertes Grundlagenwissen der Nationalökonomie. Der Einbruch der Volkseinkommen und das damit verbundene Anwachsen der Arbeitslosigkeit waren somit vorprogrammiert. Die EU- und Euro-Protagonisten aus der Politik scheinen das nicht gewußt zu haben, ihre beflissenen Helfer aus dem Lager der beamteten Ökonomie-Professoren behielten die unangenehme Wahrheit für sich und die Experten aus

der internationalen Finanzindustrie hätten Abschreibungsverluste in dreistelliger Milliardenhöhe hinnehmen müssen, weshalb sie ein vitales Interesse hatten, daß die Politik die Euro-Rettung für sie übernahm.

Was die Experten damals wußten, aber nicht sagten, ist die Realität des Jahres 2013. Heute müssen die notorischen Euro-Retter zusätzlich noch die Schäden reparieren, die sie selbst angerichtet haben. Die Arbeitslosigkeit hat in Europa alle bisherigen Rekorde gebrochen, wobei bei der Jugendarbeitslosigkeit größte Bedeutung zukommt, weil sie der Politik direkt angelastet wird. Die Zahlen<sup>1</sup>: sprechen für sich:

Land	2007	2013	in %
Portugal	17,1	38,3	124,0%
Spanien	17,4	55,9	221,3%
Irland	7,0	30,3	332,9%
Italien	20,2	38,4	90,1%
Griechenland	24,6	59,1	140,2%
Frankreich	21,8	26,5	21,6%

Angesichts dieser Entwicklung sahen sich Politik und EU-Kommission genötigt, eine Initiative zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit zu gründen. Wie üblich, wännen sich deutsche Politiker (Ursula von der Leyen) in einer besonderen Verantwortung, weshalb sie in bilateralen Gesprächen mit Politikern aus Spanien,

Portugal, Italien und Frankreich seit Anfang 2013 das Projekt vorbereitet haben. Die Koordination der Initiative hat Nicolas Berggruen, ein smarterer US-Milliardär mit „Wurzeln in Deutschland“, ergriffen. Vor zwei Jahren hatte er den Warenhauskonzern Karstadt für Null Euro aufgekauft, um ihn zu retten. Den notwendigen Sanierungskredit in Höhe von 65 Mio. Euro hat er längst zurückerhalten. Die Sanierung betreibt er auf Kosten der Arbeitnehmer, von denen er 2000 entlassen hat und dem Rest jegliche Gehaltserhöhung verweigert. Doch Karstadt hat er nicht gerettet. Mit seiner politischen Initiative gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa, wozu er das „Nicolas Berggruen Institut“ gegründet hat, will er nun wohl sein soziales Gewissen wieder beruhigen. Die Kosten seines Institutes setzt er natürlich von seinen Steuern ab. Die Funktion seines Institutes ist die Politik-Beratung. Die Politik hat natürlich auch die Rettungsgelder zu liefern.

Und die haben die Steuerzahler abzuliefern. Entweder direkt oder - besser noch - Kredit-Gelder, daran verdient dann auch noch die Finanzindustrie. Dazu müßten alle EU- und Euro-Länder, die bereits heute überschuldet sind, weitere Kredite aufnehmen. Sogar Deutschland würde mit zusätzlichen Krediten gegen die Vorschriften des Stabilitätspaktes verstoßen.

Das Wichtigste aber: die auf solche Weise subventionierten Unternehmen können mit dem Geld gar nichts anfangen. Ihnen fehlt die Nachfrage für ihre Produkte und Leistungen. Diese Form der Subventionierung kommt dem Versuch gleich, ein in den Graben gefahrenes Auto mit einem Strick herauszuschieben zu wollen. Die Ursache der Krise in Europa ist ja nicht, daß die Unternehmen nicht produzieren und anbieten wollten. Ihnen fehlt die Nachfrage, weil sie nicht produktiv und damit nicht wettbewerbsfähig sind. Eigentlich müßten ihre Produktionskosten sinken und die Produktivität dadurch steigen, damit die Preise sinken und die Produkte und Leistungen dann wieder nachgefragt werden. Aus den zusätzlichen Umsätzen und der steigenden Produktion kämen dann auch die Steuergelder, mit denen die Unternehmen die Ausbildungs- und Arbeitsplätze selbst bezahlen könnten, ohne daß sie oder der Staat dafür Schulden machen müßten. So funktioniert eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik! Der „**New Deal für Europa**“ mag den Anschein sozialer Fürsorge zu erwecken, doch er schafft weder neue Arbeits- noch neue Ausbildungsplätze. Er schafft nur neue Schulden, an denen das Finanzkapital verdient, das Geld aber von den vielen kleinen Bürgern erarbeitet werden muß!

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.05.2013 Seite 9

Wer glaubt, diese Erkenntnis sei eine zwar plausible, aber eben doch bloße Theorie, der irrt gewaltig: Der New Deal von heute wurde ja bereits vor 80 Jahren von Roosevelt in die Tat umgesetzt. Und er hat exakt so versagt, wie wir es beschrieben haben. Ziel war es, die Arbeitslosigkeit in kürzester Zeit beseitigen. Und das war der Erfolg der Roosevelt'schen Politik<sup>2</sup>:

Beschäftigungspolitik in USA (New Deal) nach 1932

Jahre	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941
AloQuote	24,9%	21,7%	20,1%	16,9%	14,3%	19,0%	17,2%	14,6%	9,9%

Der New Deal begann 1932, doch im Jahr 1941 hatten die Amerikaner immer noch eine Arbeitslosenquote von 9,9 Prozent. Zur gleichen Zeit – im Jahr 1933 – begann auch in Deutschland eine neue Regierung mit einer neuen Beschäftigungspolitik. Welche Folgen sie hatte, zeigt die nachstehende Tabelle<sup>3</sup>:

Beschäftigungspolitik in Deutschland nach 1932							
Jahr	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938
AloQuote	33,0%	20,3%	12,5%	9,6%	5,7%	2,5%	1,0%

Ende 1932 hatten die Arbeitslosen in Deutschland bei einer Quote von 33 Prozent die vielzitierte 6 Mio. Grenze überschritten. Doch schon im Jahr 1938 war die Quote auf 1 Prozent gesunken, da betrug die Arbeitslosenquote in den USA noch immer 19 Prozent. Die Beschäftigungspolitik Hitlers entstammte übrigens nicht dem nationalsozialistischen Gedankengut, sie war das Konzept des bürgerlichen Reichsbanksekretärs Wilhelm Lautenbach. Dieser hatte sie zuvor bereits dem Kanzler Heinrich Brüning vorgeschlagen, der sich allerdings nicht darauf einließ. Erst drei Jahre danach veröffentlichte John Maynard Keynes seine „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“, die seinen heutigen legendären Ruf begründete. Keynes wollte übrigens auch Roosevelt dazu bewegen, die Arbeitslosigkeit durch kreditfinanzierte Steigerung der Staatsnachfrage zu überwinden<sup>4</sup>, der das aber auch ablehnte. Erst mit ihrem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg besiegten die USA ihre Arbeitslosigkeit. Soweit die Fakten der Geschichte.

Der New Deal hat damals versagt, obwohl er Arbeitslosen staatlich subventionierte Arbeitsplätze verschaffte. Sie wurden überwiegend in Staatsbetrieben geschaffen, aber auch in der privaten Wirtschaft war deren Produktivität nicht gewährleistet, weil die Subventionsprämie sich auch dann schon bezahlt machte, wenn sie größer war als der Produktionsbeitrag des zusätzlich Angestellten. Die Produktivität der US-Wirtschaft hat darunter stark gelitten. Das wird bei dem neuen Projekt, das genau so konstruiert ist und den gleichen Namen trägt, wieder der Fall sein. Da die Produktivität in den europäischen Krisenländern ohnehin schon niedrig ist, wird der Erfolg noch geringer sein. Der Unterschied ist nur der, daß die anderen Euro-Länder die Subventionierung bezahlen werden.

Und das hat im Falle Deutschlands seinen guten Grund. Denn Deutschland trägt wie immer eine „besondere Verantwortung“ wie seine Politiker nicht oft genug betonen können.

[www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de) 03.06.2013

<sup>2</sup> Zahlen aus <http://de.wikipedia.org/wiki/Arbeitslosenstatistik>.

<sup>3</sup> Zahlen nach Gustav Stolper, Deutsche Wirtschaft seit 1870, Tübingen 1964, Seite 155.

<sup>4</sup> Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/New\\_Deal](http://de.wikipedia.org/wiki/New_Deal)